

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Peter Würtz MdB fordert harte Konsequenzen wegen der Nazi-Spiele von Offizieren in München

Seite 1

Herbert Brückner, Gesundheitssenator in Bremen, will gefährliche Arzneien verbannen

Seite 2

Egon Lutz MdB weist die sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Bundestagspräsident Carstens zurück

Seite 3

Helmut Esters MdB bricht eine Lanze für die deutsche Entwicklungspolitik

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 188

30. September 1977

Hart durchgreifen

Vorfälle an Münchner Bundeswehr-Hochschule nicht hinnehmen

Von Peter Würtz MdB

Oberstleutnant a.D. und Mitglied des Verteidigungsausschusses

An der Bundeswehr-Hochschule in München haben einige wenige Leutnants einen Saufabend in eine nazistische und antisemitische Aktionsorgie umfunktioniert. Ein Vorfall, der aufs Schärfste zu verurteilen ist; der all diejenigen zutiefst beleidigt, die den Staatsbürger in Uniform wollen; ein Vorfall, der dem Ansehen der Bundeswehr im In- und Ausland schweren Schaden zufügen wird.

Beunruhigend ist, daß das Münchner "Spiel" der "Juden-Verbrennung" in seiner Tendenz kein Einzelfall ist. Hier muß auch an den Fall Rudel und an die Propagandarede des chilenischen Junta-Offiziers Kraushaar erinnert werden. Die Münchner Affäre ist kein Einzelfall, sie ist ein Glied in der Kette von Tendenzen, die jeden besorgt reagieren lassen müssen, der die Demokratie ernst nimmt.

Wir wissen, daß die große Mehrheit des Offiziercorps, der Unteroffiziere und der Truppe kein Verständnis für die Vorfälle an der Münchner Bundeswehr-Hochschule aufbringen. Die Münchner Leutnants, die an der widerwärtigen "Judenverbrennung" teilgenommen haben, stehen nicht für das Offiziercorps der Bundeswehr. Sollten sich jedoch solche Vorfälle wiederholen, dann muß mit einer Spaltung des Offiziers- und Unteroffiziercorps gerechnet werden.

Aber hier kann nicht nur von den "Juden-Verbrennern" die Rede sein. Es muß auch die Frage aufgeworfen und beantwortet werden: Wie wurde die Universität von dem Vorfall unterrichtet? Warum wurde die Hardthöhe nicht sofort informiert? Wer waren die Verantwortlichen, die hier etwas verharmlosen und vertuschen, die diesen Skandal als Bagatelle unter den Teppich kehren wollten? Fragen, die sorgfältig untersucht und auch im Parlament behandelt werden müssen.

Wenn es stimmt, daß die Verantwortlichen der Bundeswehr-Hochschule den Leutnants lediglich Unreife sowie Mangel an Information und Einsicht bescheinigen, dann haben sie selbst dringend eine Belehrung nötig. Die Münchner Ausschreitungen können und dürfen nicht als "Dumme-Jungen-Streiche" abgetan und ad acta gelegt werden.

Nicht nur den Beteiligten an den Münchner Nazi-"Spielen", sondern auch denjenigen, die diese "Spiele" womöglich deckten, darf keine Chance zur Wiederholung in ähnlicher Umgebung gegeben werden. Da reichen "Verwarnungen" und "außerplanmäßige Pflichtveranstaltungen" nicht aus. Da muß Bundesverteidigungsminister Georg Leber hart durchgreifen und die Schuldigen aus der Bundeswehr entlassen. (-/30.9.1977/ks/hys)

Arzneimittelsicherheit ernst nehmen

Unmißverständliche Entscheidungen sind notwendig

Von Herbert Brückner

Gesundheitssenator in Bremen und Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz

Noch bis zum 31. März 1978 sollen in unserem Land Arzneimittel frei gehandelt werden, die im Verdacht stehen, krebsauslösende Stoffe zu enthalten. Diese Entscheidung, die das Bundesgesundheitsamt im Zusammenhang mit den bekanntgewordenen möglicherweise schädlichen Nebenwirkungen von aminophenazonhaltigen Schmerzmitteln getroffen hat, fordert Widerspruch heraus. Sie fordert ebenso zum Widerspruch heraus, wie der Fall biguanidhaltiger Diabetismittel, die - obwohl diese Präparate zu schwerwiegenden Blutübersäuerungen führen können - bis heute nicht mit einem Verbot belegt sind. Unzureichende Maßnahmen des Bundesgesundheitsamtes verunsichern die Öffentlichkeit.

Die Landesgesundheitsverwaltungen bekommen diese Verunsicherung zu spüren. Sie werden mit Anfragen sorgvoller Patienten und Bürger überzogen, für die zurecht nicht einschbar ist, daß ihnen heute noch Medikamente als hilfreich und nützlich verabreicht werden, die - wie im Fall der aminophenazonhaltigen Schmerzmittel - ab 1. April nächsten Jahres wegen des Verdachts auf schädliche Nebenwirkungen auf dem Index stehen werden.

Klarere, eindeutige und unmißverständlichere Entscheidungen sind für die Zukunft notwendig, wenn wir es mit dem Gehot der Arzneimittelsicherheit ernst meinen.

Ein Bremer Vorstoß auf der nächsten Konferenz der Gesundheitsminister der Länder am 9. und 10. November in Berlin soll diese Klarheit bringen. Durch die Reform des Arzneimittelrechts ist ein Instrumentarium geschaffen, das es ermöglicht, in begründeten Verdachtsfällen gegenüber Arzneimitteln restriktive Maßnahmen zu ergreifen. Dieses Instrumentarium gilt es auszuschöpfen.

Als Bremer Gesundheitssenator werde ich daher auf der nächsten Gesundheitsministerkonferenz vorschlagen, Medikamente, die im Verdacht stehen, schwerwiegende Nebenwirkungen zu erzeugen, generell unverzüglich zu verbieten, und sie nur noch in Ausnahmefällen zuzulassen. Dabei sollten Ausnahmefälle nur anerkannt werden, wenn für die Behandlung einer Krankheit andere Medikamente nicht zur Verfügung stehen oder eine Patientengruppe auf eine andere Arznei nicht anspricht.

Im eigenen Zuständigkeitsbereich hat Bremen inzwischen entsprechend gehandelt. Zwischen Gesundheitsbehörde und der Zentralapothek der bremischen kommunalen Krankenhäuser ist ein Verfahren entwickelt worden, das schnelles Reagieren beim Bekanntwerden von eventuellen Arzneimittelnebenwirkungen sofort sicherstellt. Bei Hinweisen des Bundesgesundheitsamtes, der Bundesarzneimittelkommission oder der Bundesapothekerkammer auf Nebenwirkung bestimmter Arzneimittel wird die Auslieferung unterbunden, die Krankenhäuser über die aufgetauchten Verdachtsmomente unterrichtet und die Präparate aus dem Sortiment zurückgezogen. So sind in der Zentralapothek für die bremischen kommunalen Krankenhäuser zum 1. September 1977 alle biguanid- und aminophenazonhaltigen Präparate aus dem Sortiment entfernt worden.

Dieses Verfahren bundesweit durchzusetzen, bleibt mein Ziel auch dann, wenn darauf hingewiesen wird, daß gefährliche Arzneimittel-Nebenwirkungen die Ausnahme von der Regel sind. Um der Arzneimittel-Sicherheit willen erscheint mir in begründeten Verdachtsfällen ein Verbot möglicherweise zu früh oder zuviel angezeigter als eines zu spät oder gar zu wenig.

(-/30.9.1977/ks/ja)

Wenn er doch geschwiegen hätte...

Zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Krokodilstränen von Carl Carstens

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion

Ein neuer sozial- und wirtschaftspolitischer Stern ist am Himmel der CDU/CSU aufgegangen. Er heißt Carl Carstens und ist z.Zt. noch Bundestagspräsident. In einer Rede vor der Bremischen Bürgerschaft vom vergangenen Mittwoch, die er über die "Mitteilungen aus dem Bundestag" verbreiten ließ, fühlte sich der Rechts-Professor aufgrund "nüchterner Betrachtung" u.a. zu der ahnungsvollen Feststellung gedrängt, "diese unsere" staatliche und gesellschaftliche Ordnung sei von einer Reihe von Gefahren bedroht.

Wer nun glaubte, an erster Stelle eine Abrechnung mit den Terroristen zu erleben, hatte falsch geraten. Die Gefahr Nr. 1 sieht der schneidige Mann, dem nach eigener Einschätzung "die Verteidigung dieser Rechtsordnung anvertraut" ist, in den jährlichen Lohnsteigerungen. Die Erhöhungen der Bruttolöhne von 1970 bis 75 hätten in keinem Verhältnis zu der Steigerung der Produktivität unserer Wirtschaft gestanden. Die Ursachen "unserer" Arbeitslosigkeit sind im Lichte dieser Erkenntnis von Carstens mühelos auszumachen: "Das hohe Lohnniveau in der Bundesrepublik zwingt (!) nämlich zahlreiche Unternehmen zu immer stärkerer Rationalisierung und Automatisierung, ja zur Verlagerung von Betriebsstätten ins Ausland.." Carstig, garstig. Doch das ist noch nicht alles. Erst die Summe der Leistungen aus der Rentenversicherung, der Krankenversicherung und des Bildungswesens zusammen mit den Lohnerhöhungen ist es, die "die Belastbarkeit unserer marktwirtschaftlichen Ordnung übersteigt". Dem gebildeten Redner lag es bei alledem selbstverständlich fern, den Tarifpartnern irgendwelche Vorschläge über ihr Verhalten zu machen.

Die seltsame Vorstellungswelt dieses Menschenfreundes legt die Vermutung nahe, daß er bei Dr. Franz Josef Strauß in Sonthofen einen Kurzlehrgang in Volkswirtschaft belegt hat. Deshalb sei zur Weiterbildung auch ihm eine interessante Lektüre empfohlen: Der Zwischenbericht über die Forschungsergebnisse der Universitäten Frankfurt und Mannheim im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft "Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland", der am 22. September dieses Jahres in Bonn veröffentlicht wurde. Vielleicht denkt Carstens dann etwas anders über "die Wohltat, die mit einem gesicherten Arbeitsplatz verbunden ist". Vielleicht hält der Unbelehrbare aber auch diesen Forschungsbericht für ein "Mittel der ideologischen Kampfführung", denn zu den wichtigsten Ergebnissen der langjährigen Forschungsarbeit gehört der Nachweis, daß die Chancengleichheit und die ungerechte krisenträchtige Einkommensfehlverteilung in der Bundesrepublik sich seit den 60iger Jahren so gut wie nicht verändert haben.

Der Rechtsausleger Carstens mag sich seine Krokodilstränen für die um ihre Existenz bangenden Unternehmer sparen. Sie könnten leicht selbst bei diesem Personenkreis Heiterkeit auslösen.

(-/30.9.1977/ks/hgs)

Aufwind statt Gegenwind für die Entwicklungspolitik

Unser entwicklungspolitisches Licht nicht unter den Scheffel stellen

Von Helmut Esters MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses und Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Die gute Nachricht von der Berufung Willy Brandts zum Vorsitzenden einer Nord-Süd-Kommission verschafft jedem Entwicklungspolitiker die Genugtuung, daß seine Arbeit endlich in ihrer ganzen Bedeutung erfaßt wird. Die Bürger unseres Landes aber können stolz auf das hohe Ansehen sein, daß der Vorsitzende der SPD und der Sozialistischen Internationale genießt. Wir können darauf vertrauen, daß Willy Brandt das auf den richtigen Weg bringen wird, was Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 als eine der wichtigsten internationalen Aufgaben vorgezeichnet hat: Es ist notwendig, daß wir die Hilfe, die wir und unsere europäischen Partner nach dem Kriege zum eigenen Wiederaufbau erhalten haben, zum Anlaß nehmen, uns mit jenen Völkern stärker zu solidarisieren, deren politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung noch nicht das Niveau erreicht hat, auf dem Menschen erst ein Leben frei von Not und Furcht führen können.

Es ist gut, daß Willy Brandt seine Arbeit genau 30 Jahre nach Beginn des Marshallplanes aufnimmt. Solche Zeichen werden das Bild unseres Volkes in der Welt nachdrücklicher bestimmen als alles Gerede vom "häßlichen Deutschen".

Bei allem Stolz über die internationale Anerkennung sollten wir aber auch nicht so tun, als müsse das Licht erst noch erfunden werden, daß uns den richtigen Weg in die Zukunft zeigen kann. Wenn uns gleichzeitig mit der Ernennung Willy Brandts massive Kritik des IWF an den entwicklungspolitischen Anstrengungen der Bundesregierung ins Haus steht, dann können wir das kurz vor der ersten Lesung des Bundeshaushalts 1978 gelassen ertragen. Hierzulande hat es sich inzwischen herumgesprochen, daß die Bundesregierung den Haushalt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit um 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr aufstocken wird. Marie Schlei kann damit ein respektables Ergebnis vorweisen. Die Entwicklungsländer wissen jedenfalls, daß rund 4 Milliarden DM in stabiler Währung inzwischen ein Beitrag von besonderer Qualität geworden sind. Sie wissen auch, daß unsere Stabilitätspolitik auch in ihrem eigenen

Interesse liegt. Das hat soeben der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zustimmung aller Fraktionen bekräftigt.

Es sollte auch nicht zu schnell vergessen werden, daß erst vor wenigen Monaten die Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 1977 auf Vorschlag des Haushaltsausschusses um rund eine halbe Milliarde DM aufgestockt worden ist. Damit haben wir sowohl die auf der Pariser Konferenz beschlossene Sofortaktion zu Gunsten der ärmsten Entwicklungsländer ermöglicht als auch die Verantwortungsbereitschaft des Parlaments unter Beweis gestellt.

Das gleiche gilt auch für die 2 Milliarden DM-Verpflichtungsermächtigungen, die die Bundesregierung zu Beginn dieses Jahres zur Aufstockung des Kapitals der Entwicklungshilfeorganisation der Weltbank (IDA) bereitgestellt hat. Weltbankpräsident McNamara weiß am besten, wie wichtig dieser deutsche Beitrag für die weitere Arbeit seiner Organisation gewesen ist.

Diese Leistungen dürfen wir uns nicht madig machen lassen. Sonst könnte leicht der Verdacht aufkommen, daß wir heute tiefstapeln, um später die gleiche Sache mit einem Etikett als Erfolg zu verkaufen. Für die relativ wohlhabende Bundesrepublik dürfen diese Leistungen allerdings auch nicht zum Ruhekissen werden. Nicht umsonst gehöre ich deshalb zu den Verfassern des Memorandums zur Entwicklungspolitik, das gerade in seinem finanziellen Teil noch nicht genügend ausdiskutiert worden ist.

Wer die Tat lieber zum Maßstab nimmt als das Wort, der mag sich wundern, warum die entwicklungspolitischen Aussagen unserer Partei zum Teil hinter der Politik von Regierung und Parlament zurückbleiben. Immerhin konnte sich der von Egon Bahr ausgearbeitete Leitantrag zur Nord-Süd-Politik nicht zu einem Stufenplan zur Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels durchringen. Was längst unter Stichworten wie "ERP II", "Ergänzungsprogramm" oder "Einsatz von Devisenreserven" öffentlich diskutiert wird, hätte auch Eingang in die entwicklungspolitischen Vorstellungen der SPD finden können.

Wenn Entwicklungspolitik in diesem Land die Faszination erhalten soll, die entscheidend ist für den Erfolg der Brandt-Mission, dann muß auch die SPD eine deutlichere Sprache sprechen. Der Hamburger Parteitag muß deshalb die von engagierten Entwicklungspolitikern immer wieder geforderte überzeugende Antwort auf manche noch offene Frage bringen.

(-/30.9.1977/hj/hgs)

+ + +